

## Sparpaket: Bundesregierung setzt falsches Signal

Jetzt ist es amtlich. Die NRW-Wahl ist vorbei, die Steuerschätzung liegt vor und die OECD bescheinigt uns für 2010 und 2011 höhere Wachstumsraten als erwartet. Wir fallen zwar hinter die USA, Japan und China zurück, aber in der Eurozone ist das einäugige Deutschland König. Unsere Welt ist wieder in Ordnung. Die Krise ist vorbei, nun machen wir auf Sparweltmeister. „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, mahnt die Bundeskanzlerin. Klingt das nicht wie „die Griechen haben in Saus und Braus gelebt“?

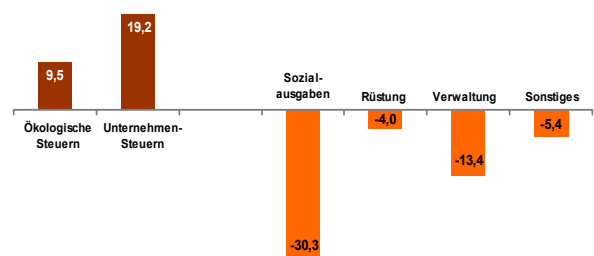
Die schwarz-gelbe Koalition will Handlungsfähigkeit demonstrieren. Letzte Woche plante sie, bis 2016 rund 51 Mrd. Euro zu sparen. Das entsprach einem jährlichen Sparvolumen von 8,5 Mrd. Euro. Nun reagieren die Koalitionäre auf die scharfe Kritik der Gewerkschaften, der Sozialverbände und des Auslandes, das Sparpaket würde die Wachstumskräfte global und in Europa abwürgen und soziale Verwerfungen verursachen. Allerdings mit den ökonomisch falschen Maßnahmen. Jetzt sollen 80 Mrd. Euro bis 2014, also jährlich 20 Mrd. Euro, gespart werden. Das Sparpaket würde das Wachstum um 1 % pro Jahr mindern – wenn Deutschland unter diesen Bedingungen überhaupt wächst.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Finanz-, Wirtschafts- und Strukturkrise beendet sei und ein selbst getragener Aufschwung eingesetzt habe. Dabei stützt sie sich aber nur auf Wachstumsprognosen. Die reale Wachstumsrate im I. Quartal 2010 war hingegen kümmerlich: das Bruttoanlageprodukt stieg um nur 0,2 % gegenüber dem IV. Quartal 2009. Schuldenbremse hin, Finanzmarkt-wünsche her: In dieser instabilen wirtschaftlichen Situation heißt die Frage nicht ob es gerechtes, ungerechtes oder gar intelligentes Sparen gibt. Sparen zu diesem Zeitpunkt ist schlicht das falsche Signal. Statt Schuldenbremse braucht Deutschland dringender denn je einen solidarischen Sozialstaat, der die Krisenfolgen bekämpft und für qualitatives Wachstum und Beschäftigung sorgt. Dies ist nur über eine deutliche Stärkung der Binnennachfrage zu erreichen: durch die Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Bildung, den ökologischen Umbau, eine moderne Infrastruktur und eine armutsfeste und sozial gerechte

Daseinsvorsorge – und durch die Förderung des privaten Konsums.

Die Regierungskoalition hingegen kürzt ausgerechnet bei Arbeitslosen, Eltern und prekär Beschäftigten, die ihr Geld fast komplett auf dem heimischen Markt ausgeben. Selbst die Belastungen, die den Banken, Luftfahrtunternehmen und Energiekonzernen zugemutet werden, können diese an ihre Kunden weiterreichen. So verschärft sie die Armut – der öffentlichen Haushalte und der sozial Schwächsten. Damit nicht genug: Während die europäischen Nachbarn erwarten, dass ein Gläubigerland wie Deutschland mit mehr Investitionen, Konsum und Einfuhren dazu beiträgt, Ungleichgewichte in der Europa zu verkleinern, werden diese sogar vergrößert. Das Sparpaket wird über die Grenzen hinaus Fakten schaffen: als „benchmark“ für die Bewertung von Sparleistungen anderer Staaten und damit auch als Einschränkung ihrer Handlungsspielräume. Dies wirkt in den exportstarken Branchen wiederum negativ auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland zurück. Eine erneute Rezession ist deshalb nicht auszuschließen. Ge-paart mit einer anhaltenden Deflation verstärkt sich sogar die Gefahr einer Depression. Massive soziale und wirtschaftliche Verwerfungen in Deutschland und Europa wären programmiert. Der radikale Sparkurs könnte letztlich die Eurozone auseinanderbrechen lassen. Dafür trüge diese Bundesregierung die Hauptverantwortung.

**Schwarz-Gelber Sparwahn**  
2011-2014



Quelle: Bundesfinanzministerium